

Chinese Institute of Certified Public Accountants, das dem Finanzministerium unterstellt ist. Ding zufolge habe sich dieser Dienstleistungssektor bereits ausreichend gegenüber dem Ausland geöffnet. Die ausländischen Wirtschaftsprüfungsunternehmen hätten bereits für alle Unternehmensnotierungen an Auslandsbörsen die Prüfungsgeschäfte übernommen. Während derzeit nur Joint Venture-Unternehmen mit einem ausländischen Beteiligungsanteil von 50% erlaubt seien, habe die chinesische Regierung nunmehr zugestimmt, alle Beschränkungen in der Eigentumsstruktur von Wirtschaftsprüfungsunternehmen bis zum Jahre 2010 aufzuheben.

Nach Einschätzung von Laskawy, Vorsitzender der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young, hat China das Potential, der größte Markt für Wirtschaftsprüfung, Steuer- und Beratungsdienstleistungen zu werden. Nach Einschätzung der fünf größten US-Wirtschaftsprüfungsgesellschaften haben sie derzeit einen Anteil von rd. einem Zehntel am Markt; das restliche Marktvolumen von rd. 220 Mio. US\$ entfalle auf rd. 6.000 lokale Unternehmen. Die größten ausländischen Unternehmen sind Pricewaterhouse Coopers, Arthur Andersen, KPMG Peat Marwick, Ernst & Young und Deloitte & Touche. Im Vorfeld der WTO-Beitrittsverhandlungen haben diese Unternehmen auch wiederholt darauf hingewiesen, daß China seinen Markt weiter öffnen muß, da es ausländische Unternehmen in dieser Branche dringend benötigt. Gerade wenn die Banken die Kreditwürdigkeit der Unternehmen bewerten müssen, seien hierfür transparente Buchhaltungunterlagen notwendig. (AWSJ, 29.7.98)

Die ausländischen Wirtschaftsprüfungsunternehmen sehen sich verschiedenen Restriktionen auf dem chinesischen Markt gegenüber. So müssen sie selbst für die Wirtschaftsprüfung der lokalen chinesischen Unternehmung eines multinationalen Kunden zunächst eine chinesische Buchhalterlizenz erlangen. Die Gründung von Wirtschaftsprüfungsbüros ist außerdem nur in 19 Städten und Gebieten landesweit erlaubt, so daß sie sich nicht da niederlassen können, wo sie Kunden finden. Daß die chinesische Regierung ihre Bedenken gegenüber ausländischen Unternehmen in diesem Sektor nur sehr zögerlich aufgibt, ist wohl auf die insgesamt schwierige Situation vieler lokaler Prüfungsgesellschaften zurückzuführen. (AWSJ, 29.7.98)

Daß die lokalen Prüfungsgesellschaften reformbedürftig sind, zeigte vor kurzem die Schließung von 103 Unternehmen und der Entzug der Lizenzen von 5.300 Buchhaltern, die nicht die neuen staatlichen Vorgaben erfüllten. (AWSJ, 29.7.98) Ein landesweit bekanntes Beispiel einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die eine Rolle beim Betrugsfall am Wertpapier- und Immobilienmarkt in Hainan spielte, ist die Hainaner Niederlassung der China Certified Accountants, die zu einem der führenden chinesischen Wirtschaftsprüfungsunternehmen gehört. Das Unternehmen wurde von den Finanzbehörden der Provinz geschlossen. Sein verantwortlicher Leiter, Shen Zhongmin, wurde aus der Branche auf Lebenszeit ausgeschlossen.

Der Zweigniederlassung der China Certified Accountants wird vorgeworfen, illegale Transaktionen von Immobilien und Wertpapieren für das an der Shenzhener Börse notierende Unternehmen Hainan Minyuan Modern Agriculture Development Co. im Werte von rd. 150 Mio. US\$ vertuscht und als Gewinne ausgewiesen zu haben. Der Fall war in der Öffentlichkeit mit großem Interesse verfolgt worden, da angeblich enge Verbindungen des Unternehmens zur Deng-Familie bestehen sollen. (AWSJ, 14.7.98)

Ausländische Unternehmen übernehmen auch Beratungsaufgaben für die chinesische Regierung, wie das Beispiel von Deloitte Touche Thomat-su International zeigt. Ende Juli wurde bekannt, daß das Finanzministerium das US-Unternehmen beauftragt hat, eine Studie über das Steuersystem in China anzufertigen und Vorschläge zur Modernisierung des Steuersystems zu machen. Die Studie wird von der Weltbank gefördert und soll in einem Zeitraum von zwei Jahren durchgeführt werden. (AWSJ, 29.7.98) -schü-

Binnenwirtschaft

20 Wirtschaftsentwicklung bis Mitte 1998

Wirtschaftswachstum:

Das Wirtschaftswachstum im 1. Halbjahr 1998 fiel um einiges niedriger als von der Regierung erwartet aus. Als Ursachen hierfür gelten die Auswir-

kungen der Asienkrise, die zu einem Rückgang des Exportwachstums geführt hatten, sowie heftige und anhaltende Regenfälle in zehn südlichen Provinzen mit größeren Schäden für die Landwirtschaft. Nach Einschätzung des Staatlichen Statistikamtes wurde das BIP-Wachstum durch die Naturkatastrophe bis zur Jahresmitte um 0,4% beschnitten. Die Sommerernte war um 11% niedriger und betrug nur rd. 113 Mio. t. Außerdem sollen Verluste bei Industrieunternehmen bereits rd. 10 Mrd. Yuan ausmachen. (Xinhua News Agency, Beijing, in Chinese, 17.7.98, nach SWB FE/D3291/CNS 20.7.98; SCMP, 18.7.98)

Nach Angaben des Staatlichen Statistikamtes belief sich das Bruttoinlandsprodukts in den ersten sechs Monaten 1998 auf 3.473 Mrd. Yuan und stieg damit im Vergleich zur Vorjahresperiode um 7%. Das Wachstumstempo lag damit um einen Prozentpunkt unterhalb der offiziellen Planungsvorgabe für das gesamte Jahr 1998, die nach Einschätzung des Statistikamtes jedoch noch erreicht werden könne. Allerdings setze dies voraus, daß die Inlandsfrage weiter erhöht wird

Die Wachstumsraten für das 1. Halbjahr 1998 fielen in einigen Regionen überdurchschnittlich hoch aus. Dazu zählten beispielsweise einige städtische Metropolen wie Shenzhen (14%), Guangzhou (11,9%), Shanghai (9,4%) und Beijing (9,1%). Während Beijing und Shenzhen ihre Anfang 1998 aufgestellten Plandaten erreichen konnten, gelang dies Guangzhou (ursprüngliche Planung 13%) und Shanghai (10%) nicht in vollem Umfang. (*Ming Bao*, Hongkong, in Chinese, 14.7.98, nach SWB, FE/3279, 15.7.98)

Investitionen:

Nachdem im 1. Quartal 1998 die Zunahme der Investitionen 10,2% betragen hatte, konnte das Wachstum bis zum Ende des 2. Quartals auf 15% erhöht werden; im Juni lag die Zunahme sogar bei 16,3% gegenüber dem Vorjahresmonat. (XNA, 17.7.98, nach SWB, FE/3282, 18.7.98) Die Anlageinvestitionen der staats-eigenen Unternehmen nahmen um 13,8% zu. (Xinhua News Agency, Beijing, in Chinese, 17.7.98, nach SWB FE/D3291/CNS 29.7.98)

Geldmengenentwicklung:

Die von der Zentralbank veröffentlichten Daten zur Entwicklung der Geldmenge weisen ebenfalls höhere Zuwachsraten auf. Die M2-Geldmenge

stieg um 14% und die M1-Geldmenge um 8,7%. Bis Ende Juni nahmen die Kredite der Banken um 15,6% zu. (XNA, 13.7.98, nach SWB, FE/3280, 16.7.98) Der Anstieg von Investitionen und Bankkrediten wird vom Statistikamt bereits als Zeichen der wirtschaftlichen Erholung gewertet. (XNA, 17.7.98, nach SWB, FE/3282, 18.7.98)

Preisentwicklung:

Gegenüber dem 1. Halbjahr 1997 sanken die Einzelhandelspreise um 2,1%, während die sowohl Güter als auch Dienstleistungen umfassenden Verbraucherpreise in den ersten sechs Monaten d.J. um 0,3% zurückgingen. (SCMP, 18.7.98) Vor allem die Preise für Getreide (11,2%), Schweinefleisch (12%) und für die wichtigsten industriellen Rohstoffe gingen im 1. Halbjahr zurück. (SCMP, 28.7.98)

Einzelhandels- und Einkommensentwicklung:

Die Entwicklung im Einzelhandel läßt noch auf keine Erfolge bei der Ankurbelung der privaten Nachfrage schließen. So stieg der Einzelhandelsumsatz lediglich um 6,8%. Die ländlichen Einkommen verzeichneten mit 977 Yuan pro Kopf keine Zunahme. Die rückläufige Preisentwicklung für landwirtschaftliche Produkte hat sich hier offensichtlich auf die Einkommen der Bauern ausgewirkt. (SCMP, 18.7.98)

Industrie:

Die industrielle Wertschöpfung stieg in den ersten sechs Monaten um 7,9% (920,9 Mrd. Yuan). Weitaus geringer fiel die Zunahme der Wertschöpfung in den staatseigenen Unternehmen aus, nämlich bis Juni lediglich 3,6%. Die Gewinne der staatseigenen Unternehmen waren weiter rückläufig und sanken um 49,5% auf 25,7 Mrd. Yuan in den ersten fünf Monaten. Die Gesamtverluste der staatseigenen Unternehmen betragen 11 Mrd. Yuan.

In der ersten Jahreshälfte registrierten sechs Provinzen Wachstumsraten der industriellen Wertschöpfung von über 10%. Hierzu zählten Fujian (13,5%), Shandong (13,3%), Hubei (12,5), Guangdong (11,9%), Hebei (11,3%) und Jiangsu (11%). (XNA, 21.7.98, nach SWB, FE/W0548/CNS, 29.7.98) Über dem Durchschnittswert lag auch Beijing (9,1%), sowie die Provinz Hunan (8,1%). (SCMP, 17.7.98; XNA, 17.7.98)

Die Elektrizitätserzeugung sank im 1. Halbjahr (530 Mrd. kWh; 1. Halbjahr 1997: 533,9 kWh) gegenüber der Vor-

jahresperiode, und auch der Output von Erdöl ging zurück (78 Mio. t gegenüber 80,8 Mio. t). (SCMP, 28.7.98)

Außenhandel:

Im 1. Halbjahr belief sich das Außenhandelsvolumen auf 151,4 Mrd. US\$ und stieg damit gegenüber des Vorjahreszeitraum um 5,2%. Exporten im Werte von 87 Mrd. US\$ (+7,6%) standen Importe im Werte von 64,4 Mrd. US\$ (+2,2) gegenüber, so daß sich ein Handelsüberschuß von 22,6 Mrd. US\$ ergab. Die Auswirkungen der Asienkrise sind im Rückgang des Exportwachstums zu spüren, das noch im 1. Quartal d.J. 12,8% betragen hatte. (C.a. April 1998, S. 407)

Auslandskapital:

Der Zufluß von vertraglich vereinbarten Direktinvestitionen aus dem Ausland betrug im 1. Halbjahr 24,2 Mrd. US\$ (+5,5%). Einen Rückgang um 1,3% gegenüber der Vorjahresperiode mußten die realisierten Direktinvestitionen verzeichnen, die im 1. Halbjahr 20,5 Mrd. US\$ betragen.

Ausländischen Beobachtern zufolge wird die Realisierung der geplanten Wachstumsrate von 8% für China schwierig werden. So geht die Ratingagentur Standard & Poor's davon aus, daß ein Wachstum von 5-6% für 1998 eher wahrscheinlich sein wird. (SCMP, 18.7.98)

Obwohl die Regierung in den letzten Monaten auf verschiedene Weise versucht hat, die Wirtschaft zu beleben, sind die Ergebnisse bezüglich der Investitionen und der Konsumententwicklung nicht ganz zufriedenstellend. Nach wie vor ist die inländische Nachfrage der Verbraucher relativ schwach, und auch die Zunahme der Investitionen blieb niedriger als erwartet, und die notwendige Zunahme der Investitionen um 15% im gesamten Jahr wird sehr schwer erreichbar werden. (AWSJ, 14.7.98; XNA, 18.7.98) Die Industrie wiederum wurde durch die beschränkte Marktnachfrage, einem Abflachen der Außenhandelsgeschäfte und durch Probleme mit wirtschaftlicher Effizienz geplagt. (AWSJ, 9.7.98)

Für das 2. Halbjahr 1998 fallen die Prognosen unterschiedlich aus. So geht die *China Daily Business Weekly* davon aus, daß das Wachstum höher als in der ersten Jahreshälfte ausfällt, da die Investitionen um 15,4% zunehmen werden. (SCMP, 3.8.98) Ausländische Institutionen wie z.B. der Internationale Währungsfond gehen von

7% Wachstums in diesem Jahr aus; die OECD prognostiziert eine Zunahme des BIP um 7,2%. (SCMP, 13.7.98) -schü-

21 Wirtschaftliche Folgen der Überschwemmungen

Die schwersten Überschwemmungen seit 1954 haben große wirtschaftliche Schäden verursacht. Vor allem waren die im Einzugsgebiet des Yangzi und seiner Nebenflüsse liegenden Provinzen Hubei, Jiangxi, Hunan und Jiangsu von den Überschwemmungen betroffen. Bis Ende Juli meldete das Ministerium für Zivilangelegenheiten den Tod von 2.571 Menschen durch die Überschwemmungen. Mehr als 280 Mio. Menschen sollen von den Überschwemmungen beeinträchtigt worden sein; 17,23 Mio. Menschen wurden durch die Wasserfluten von der Außenwelt abgeschnitten. Mehrere Provinzen mußten aufgrund der Überschwemmungen den Notstand ausrufen.

Durch die Überschwemmungen wurden 3,85 Mio. Häuser bis Ende Juli zerstört. Die landwirtschaftliche Produktion wurde durch die Fluten sehr in Mitleidenschaft gezogen. Auf einer Fläche von 28,41 Mio. Hektar Ackerland wurde der Pflanzenanbau beeinträchtigt, die wirtschaftlichen Verluste werden auf 153,1 Mrd. Yuan (19 Mrd. US\$) geschätzt. Die Verluste in der Sommergetreideernte sind erheblich. Der Outputrückgang soll 11% betragen; die Gesamtmenge Sommergetreide beläuft sich auf 113,1 Mio. t. (XNA, 28.7.98; SCMP, 30.7.98; FAZ, 31.7.98; IHT, 29.7.98)

Wie hoch die tatsächlichen Schäden durch die Überschwemmungen sind, läßt sich bisher noch nicht sagen. Die Berichte aus China sind teilweise widersprechend und beziehen sich auf verschiedene Zeitangaben. Es ist jedoch nicht nur mit Schäden in der Landwirtschaft zu rechnen, sondern auch mit Verlusten aufgrund der Zerstörung von ländlichen Industriebetrieben, die Lieferanten für große Staatsbetriebe und für Auslandsunternehmen sind. In den Überschwemmungsgebieten wurden teilweise auch die Transport- und Energieinfrastruktur zerstört. Da die Überschwemmungen auch im August anhielten, wird in der kommenden Ausgabe von *China aktuell* dazu weiter berichtet werden. -schü-

22 Zinssenkung und mehr Infrastrukturinvestitionen

Innerhalb von drei Monaten hat die Zentralbank die Zinsen erneut gesenkt, um zur Belebung der Wirtschaft beizutragen. Die Kreditzinsen wurden im Durchschnitt um 1,12% und die Einlagenzinsen um 0,49% gesenkt. Die Zinsen auf Reserven der Geschäftsbanken reduzierte die Zentralbank um 1,71% auf 3,51%.

Für Einlagen mit einer Laufzeit von einem Jahr beläuft sich der neue Zinssatz nunmehr statt auf 5,22% auf 4,77%; für Einlagen mit einer zweijährigen Laufzeit sanken die Zinsen von 5,58% auf 4,86%.

Die Zinsen für Kredite mit einer Laufzeit von sechs Monaten bis ein Jahr wurden von 7,92% auf 6,93% gesenkt. Für Kredite mit einer Laufzeit von drei bis fünf Jahren gingen die Zinsen von 9,72% auf 7,65% zurück.

Ein Sprecher der Zentralbank gab als Ziel der Zinssenkungen an, daß hierdurch Anreize zur Steigerung der privaten Nachfrage und zum Kauf von Wohnungen gesetzt werden sollen. Auch mehr Investitionen in die Infrastruktur sollen dadurch erleichtert werden.

Ob die Zinssenkungen allerdings die gewünschte Wirkung zeigen werden, ist fraglich. So sehen sich die Konsumenten derzeit einer sehr niedrigen Inflation gegenüber, die das Sparen attraktiv macht. Fallende Preise stellen auch keinen besonderen Anreiz für die Verbraucher dar, gerade nach der Zinssenkung, ihren Konsum auszuweiten. Arbeitslosigkeit und Umstellungen in der Übernahme medizinischer Kosten führen außerdem dazu, daß die Konsumbereitschaft aufgrund höherer Ausgaben bzw. geringerer Einnahmen bei einer wachsenden Gruppe in der Bevölkerung niedrig bleibt. (SCMP, 1.7. und 2.7.98; NZZ, 1.7.98)

Um die Investitionen in die Infrastruktur anzukurbeln, will die Regierung die direkte Kontrolle über die Finanzierung von Projekten lockern und den Unternehmen einen größeren Entscheidungsspielraum einräumen. So sollen die Unternehmen höhere Anteile der Investitionen über den Markt aufnehmen können, obwohl staatliche Zuweisungen und Kredite bei der Finanzierung der Infrastruktur weiterhin die Hauptrolle spielen sollen. Den im Infrastrukturbereich tätigen Unternehmen will die Regierung anbieten, durch Umwandlung in Ak-

tiengesellschaft an den Börsen im In- und Ausland Aktien zu emittieren und Anleihen aufzunehmen. (NfA, 19.6.98; AWSJ, 19/20.6.98)

Für das 1. Halbjahr will die State Development Bank insgesamt Kredite für Infrastrukturprojekte in Höhe von 59,3 Mrd. Yuan bereitstellen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum ist dies eine Erhöhung um 24%. (NfA, 9.7.98). Vier neue Kredite der Weltbank mit einem Gesamtvolumen von 400 Mio. US\$ dienen ebenfalls dem Ausbau der Infrastruktur. Zu den Projekten zählen u.a. der Ausbau des Verkehrssystems in der Stadt Guangzhou und die Erweiterung von Wasserstraßen zwischen den Provinzen Guangdong und Jiangsu (NfA, 3.6.98). -schü-

23 Umweltbericht 1997 und Maßnahmen zur Bekämpfung der Umweltverschmutzung

Das im Juni d.J. veröffentlichte „Kommuniqué über Chinas Umweltbedingungen im Jahr 1997“ weist auf erste Erfolge bei der Bekämpfung der Umweltschäden hin, macht jedoch auch auf die weiterhin bestehenden enormen Umweltprobleme aufmerksam.

Wasser:

Dem Bericht nach sind die sieben Flußsysteme, die Seen, die Wassereservoirs, das Grundwasser in bestimmten Regionen und eine Reihe von Küstengewässern von Umweltproblemen unterschiedlichen Ausmaßes betroffen. Trockene und halbtrockene Gebiete und viele Städte in Nordchina litten unter schwerwiegenden Wasserknappheiten. Der Mangel an Wasserressourcen und die Verschmutzung des Wassers werden im Bericht als Faktoren genannt, die Chinas wirtschaftliche und soziale Entwicklung behindern. Die Wasserqualität in den meisten Zuflüssen am Huaihe, Songhua habe sich zwar verbessert, dagegen sei dies nicht der Fall bei den Flüssen Haihe, Luanhe und Liaohe. Die großen Frischwasserseen in den Städten wiesen eine mittlere Verschmutzung auf; eine Zunahme von Umweltproblemen sei beim Caohu-See und dem Tianchi-See festzustellen.

Luft:

Das durch Kohleverbrennung entstehende Schwefeldioxid und Staubpartikel trugen am stärksten zur Luftverschmutzung in China bei. Das Volu-

men des im letzten Jahr emittierten Schwefeldioxids belief sich auf 23,46 Mio. t. Die Industrie war daran mit 78,9% beteiligt. Auch am emittierten Staub von 18,73 Mio. t entfiel auf die Industrie mit 83,6% der Hauptanteil. Als Folge der Luftverschmutzung gab es in den Regionen Zentral- und Südwestchinas sowie verstärkt in Südchina sauren Regen.

Die Luftqualität in den Städten ist nach wie vor relativ schlecht, insbesondere in den Städten Nord- und Südchinas. In gewissem Umfang gab es Erfolge bei der Reduzierung der Luftverschmutzung in bestimmten Städten wie z.B. Shanghai, Beijing und Guangzhou. Hier wurde beispielsweise bleifreies Benzin eingeführt für alle Kraftfahrzeuge.

Umweltschutz und -probleme in den Städten:

Als neuer Schritt in der Umweltpolitik nennt der Bericht die Auswahl von Modellstädten für den Umweltschutz. Im letzten Jahr wurden die Städte Zhangjiagang, Dalian, Shenzhen, Xiamen, Weihai und Zhuhai als solche Modelle ausgewählt. In den Städten hat sich auch das Abfallproblem vergrößert. Dies wird im Zusammenhang mit der Zunahme von Verpackungen aus Plastik gesehen. Die Wasserverschmutzung in der Nähe der stärker industrialisierten Städte ist erheblich. Auch steigt dem Bericht nach die Anzahl der Städte, die aufgrund der Umweltverschmutzung Probleme mit Wasserknappheit haben.

Im letzten Jahr genehmigte der Staatsrat die Gründung von 18 neuen nationalen Umweltschutzzonen. Die Gesamtzahl solcher Zonen verschiedener Einstufungen (nationale und lokale) belief sich bis Ende des letzten Jahres auf 926 mit einer Gesamtfläche von 76,98 Mio. Hektar, ein Anteil von 7,64% der Gesamtfläche. (Xinhua News Agency, Domestic Service, in Chinese, 3.6.98, nach SWB, FE/D3248/CNS 9.6.98)

Die im Umweltbericht erwähnte Einführung von bleifreiem Benzin galt für die Hauptstadt Beijing seit dem 1. Juli 97. Dort sind rd. 1,2 Mio. Fahrzeuge auf den Straßen. Nach dem 1. Juli durfte kein bleihaltiges Benzin mehr verkauft werden. Bis zum Jahr 2000 soll diese Vorschrift landesweit eingeführt werden. Die Luftverschmutzung in den Städten soll auch dadurch bekämpft werden, daß für die neuen Pkw

und Minibusse Katalysatoren vorgeschrieben sind. Überlegungen sollen auch hinsichtlich der Einführung von gasbetriebenen Kfz bestehen, insbesondere für den öffentlichen Personentransport. (NfA, 15.7.97)

Beijing spielt bei der Durchsetzung neuer Emissionsbestimmungen für Fahrzeuge eine Vorreiterrolle. Seit dem 1.4.98 werden dort Fahrzeuge mit Strafen belegt, die den Höchstwert bei Auspuffgasen überschreiten. Den Fahrzeughaltern wird dann der Einbau von Katalysatoren vorgeschrieben. Geplant ist außerdem, daß die im Inland produzierten Fahrzeuge ab dem Jahr 2000 serienmäßig mit Katalysatoren ausgestattet sind. (NfA, 7.7.98) -schü-

SVR Hongkong

24 Jiang Zemin findet Zustimmung in der Hongkonger Bevölkerung

Umfragen einer Forschergruppe an der University of Hong Kong zufolge hat sich die öffentliche Zustimmung zur Amtsführung des chinesischen Staatspräsidenten Jiang Zemin Ende Juni auf eine Quote von 66,7% erhöht. Ende Mai 1998 hatte die Zustimmung noch bei 62,4% gelegen. Im Juli 1995, als erstmals Umfragedaten zur Einschätzung Jiangs in Hongkong erhoben wurden, hatte dieser nur einen Wert von 48% erreicht.

Der deutliche Popularitätszuwachs Jiangs dürfte mit seiner aufgeschlossenen Haltung während des chinesisch-amerikanischen Gipfeltreffens sowie mit seinem volksnahen Auftreten beim jüngsten Hongkong-Besuch anlässlich des ersten Jahrestages des Souveränitätswechsels in Verbindung stehen.

Jiang ist den Umfragedaten zufolge der drittpopulärste Politiker der VR China in Hongkong – nach Ministerpräsident Zhu Rongji (71% Zustimmung) und dem 1989 abgesetzten ehemaligen KP-Generalsekretär Zhao Ziyang (67%). Der Regierungschef der SVR Hongkong, Tung Chee-hwa, kam Ende Juni nur auf eine Zustimmung von 55,5% unter den Befragten. (SCMP, 4.7.1998) -hei-

25 Proteste gegen die Behandlung der in Indonesien lebenden Auslandschinesen

Mehr als 2.000 Demonstranten haben an drei aufeinanderfolgenden Tagen (24.-26. Juli) vor dem indonesischen Generalkonsulat gegen die gewaltsamen Übergriffe protestiert, denen in Indonesien lebende Chinesen in diesem Jahr ausgesetzt waren. Sie forderten von der indonesischen Regierung eine Beendigung der Gewaltakte und eine strenge Bestrafung der Täter. Der indonesische Generalkonsul nahm eine Petition entgegen, in der scharfe Kritik am mangelnden Schutz der chinesischen Minderheit durch die indonesische Regierung geübt wurde. Die Hongkonger Regierung wurde aufgefordert, das Aufenthaltsrecht für aus Indonesien geflohene Auslandschinesen über den üblichen Zeitraum (14 Tage) hinaus zu verlängern.

In Indonesien war es im Mai während schwerer innerer Unruhen zu Mißhandlungen, Vergewaltigungen und Morden an Mitgliedern der chinesischen Minderheit gekommen. Zahllose Geschäfte und Wohnhäuser ethnischer Chinesen wurden geplündert und zerstört.

Die Hongkonger Demonstrationen waren von der Demokratischen Allianz für ein Besseres Hongkong (DAB, einer Beijing-freundlichen Partei) und vom Hauptverband der Hongkonger Überseechinesen organisiert worden. Auch die Beijing-kritische Demokratische Partei hielt eine Mahnwache aus Anlaß der ethnischen Ausschreitungen in Indonesien ab. (SCMP, 27.7.1998) -hei-

26 Antrag auf beschleunigte Demokratisierung scheitert in der Legislative

Im Juli kam es in der Legislativversammlung zu Abstimmungsniederlagen für die regierungskritischen Parteien, die aus der Wahl im Mai zwar mit den meisten Stimmen hervorgegangen waren, aufgrund des verzerrten Wahlrechts aber nur eine Minderheit der Sitze in der Legislative erringen konnten (siehe ausführlich C.a. 1998/5):

- Als neue Präsidentin der Legislative wurde mit 36 von 24 Stimmen Rita Fan gewählt, die bereits der politisch umstrittenen

Provisorischen Legislative nach dem 1. Juli 1997 vorgestanden hatte. Frau Fan wurde bei ihrer Wahl von der Liberalen Partei und der Demokratischen Allianz für ein Besseres Hongkong (DAB) unterstützt. Ihr Gegenkandidat, Andrew Wong, hatte als Präsident des 1995 gewählten Legislativrats fungiert, der mit dem Souveränitätswechsel aufgelöst worden war. Wong wurde von den Demokratischen Parteien und anderen Beijing-kritischen Kräften unterstützt. (RTHK Radio 3, Hongkong, nach SWB, 3.7.1998)

- Ein aus der Demokratischen Partei hervorgegangener Antrag, der allgemeine direkte Wahlen der Legislative im Jahre 2000 und des Regierungschefs im Jahre 2002 vorsah, wurde in getrennten Abstimmungen, wie sie das *Basic Law* vorsieht, abgelehnt: Unter den 30 Mitgliedern der Legislative, die in geographischen Wahlkreisen (20) bzw. von einem Wahlauschuß (10) gewählt worden waren, stimmten 15 für den Antrag, 14 dagegen, Rita Fan enthielt sich der Stimme. Damit verfehlte der Antrag die Mehrheit der anwesenden Mitglieder und wurde abgelehnt. Unter den 30 Mitgliedern der Legislative, die von Wahlkollegien bestimmt worden waren, stimmten nur fünf für den Antrag, 20 dagegen, fünf weitere waren nicht anwesend. (AWSJ und SCMP, 16.7.1998) Eine von Beijing kontrollierte Hongkonger Zeitung warf der Demokratischen Partei vor, mit dem Antrag auf eine vorgeblich zu beschleunigende Demokratisierung in Wahrheit die Aushebelung der im *Basic Law* festgelegten Verfassungs- und Wahlordnung zu betreiben. (*Ta Kung Pao*, 16.7.1998, nach SWB, 18.7.1998)
- Auch ein Antrag, in dem eine verstärkte Unterstützung der Regierung für die wachsende Zahl der Arbeitslosen gefordert wurde, scheiterte an der fehlenden Mehrheit unter den 30 Mitgliedern der Legislative, die von Wahlkollegien bestimmt worden waren. Bemerkenswert ist, daß die DAB in dieser Abstimmung